

MIT DER ZEIT VORAUSS

*für Rechtsstaat
und Demokratie
in Sachsen*



Liebe Leserinnen und Leser,

der Koalitionsvertrag für Sachsen 2019 bis 2024 gibt das Ziel vor, den Freistaat "mit einer klugen und nachhaltigen Politik in eine gute Zukunft [zu] führen". Das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG), das ich seit Beginn dieser Legislaturperiode führen darf, schafft mit seiner Arbeit Grundlagen für eine solche gute Zukunft.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ob im Haus oder im gesamten Geschäftsbereich, engagieren sich tagtäglich für einen bürgernahen, modernen Rechtsstaat, für eine lebendige demokratische Kultur und dafür, dass alle Menschen in Sachsen, gleich welchen Geschlechts und gleich welcher Herkunft oder Identität, ihr Potential frei entfalten können.

Dabei stehen wir nicht nur vor der Herausforderung, die sächsische Justiz zukunftsfähig zu machen und auch in Krisenzeiten Bürger- und Freiheitsrechte zu gewährleisten.

Wir müssen auch neue Wege gehen, um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken. Etwa, indem wir die Menschen mit einem transparenten Politikstil für unsere Arbeit interessieren und unsere europäische Verantwortung im geographischen Herzen der Europäischen Union wahrnehmen.

Auf den folgenden Seiten können Sie sich ein Bild von den Ideen und Vorhaben machen, mit denen wir all dies in die Tat umsetzen – mit der Zeit und ihr voraus. Denn der Blick voraus darf angesichts gegenwärtiger Herausforderungen niemals verloren gehen.

Ihnen allen wünsche ich viel Freude bei der Lektüre und hoffe, Sie damit für die Arbeit des SMJusDEG sowie für die Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung interessieren zu können.

Katja Meier
Staatsministerin der Justiz und für
Demokratie, Europa und Gleichstellung

Ein Ministerium für Rechtsstaat und Demokratie in Sachsen

Der Freistaat Sachsen ist heute, über 30 Jahre nach der friedlichen Revolution, eine freiheitliche Demokratie im Herzen Europas. Das mag selbstverständlich klingen, ist es aber keineswegs: Ob Populismus, völkischer Nationalismus oder andere autoritäre Gesellschaftsvorstellungen, sie alle bilden den Nährboden für gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die im Land geführt werden und die häufig Signalwirkung auch über die Landesgrenzen des Freistaates hinaus haben. Im Brennpunkt stehen dabei aber nicht nur jene Kräfte, welche die Demokratie schwächen und abschaffen wollen. Gefragt sind auch neue Ideen zum Schutz und zur Stärkung des Rechtsstaates und unserer demokratischen Institutionen und Werte.

Unter der Leitung von Staatsministerin Katja Meier hat sich das sächsische Justizministerium der Herausforderung angenommen, die Demokratie in Sachsen nachhaltig zu festigen und zugleich frische Impulse für ihre Zukunft zu setzen. 2019 wurde deshalb ein neues Kapitel aufgeschlagen: Durch die Integration der Themen Demokratie, Europa und Gleichstellung in das Justizressort wurde Deutschlands erstes Ministerium für Rechtsstaat und Demokratie geschaffen.

Hier verfolgen wir einen transparenten und bürgernahen Politikstil, der darauf basiert, Einblick zu gewähren, den Menschen zuzuhören und Vertrauen zu schaffen. So machen wir die Arbeit der Verwaltung zum Teil der Demokratiebewegung Sachsens.

Dies geht nur auf einem stabilen rechtsstaatlichen Fundament, damit der demokratische Aufbau darüber nicht ins Wanken gerät. Ohne Rechtsstaat keine Demokratie!

Gleichzeitig darf der Rechtsstaat den einzelnen Menschen nicht aus dem Blick verlieren. Deshalb legen wir etwa im Justizvollzug einen starken Fokus auf Resozialisierung und machen uns auch für die Belange weiblicher Gefangener stark. Denn Demokratie, **Rechtsstaat und Menschlichkeit** müssen als wesentliche Merkmale unserer Gemeinschaft gesichert und aktiviert werden.

Für die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen ist diese rechtsstaatliche Sicherheit unverzichtbar, um ihr Leben in Freiheit gestalten und an Politik und Gesellschaft aktiv mitwirken zu können – ob über die Parlamente oder in einer aktiven und engagierten Zivilgesellschaft. Für uns gilt es deshalb auch, **Zusammenhalt und Vielfalt** zu stärken, damit alle Menschen die Möglichkeit der demokratischen Beteiligung erhalten. Dabei erkunden wir neue Wege in der Gleichstellungspolitik und bei der Bürgerbeteiligung, um den unterschiedlichen Erfahrungen und Wünschen der Menschen im Freistaat noch besser gerecht zu werden.

Das ist auch als Hinweis darauf zu verstehen, dass wir die Förderung von **Dialog und Zusammenarbeit** als eine entscheidende Aufgabe des Ministeriums ansehen. Erst im konstruktiven Austausch – auch grenzüberschreitend europäisch – werden Demokratie und ihre Wirkung erlebbar und begreiflich. Diesen Austausch fördern wir an verschiedenen Stellen und auf verschiedenen Ebenen – ob fachlich in grenzüberschreitenden Gesprächen, gesellschaftlich an "Orten der Demokratie", wissenschaftlich an mehreren neuen Forschungsstellen oder politisch in Dresden, Berlin oder Brüssel.

Dabei behalten wir auch eine ganz grundlegende Funktion des Rechtsstaates im Blick: Die Garantie von **Schutz und Hilfe**. Der Ausbau der Gewaltschutzlandschaft und entsprechender Hilfsangebote für Betroffene von Straftaten ist ein wesentlicher Baustein für die Sicherheit der Menschen in Sachsen. Sie ist nicht nur grundlegende Voraussetzung für körperliche Unversehrtheit, sondern auch für die demokratische Teilhabe.

Mit diesen weitreichenden Zielen erfüllen wir klassische Aufgaben des Justizministeriums – und erweitern sie zugleich, indem wir Verantwortung dafür übernehmen, die Demokratie und den Rechtsstaat zu stärken – in Sachsen und über Sachsens Grenzen hinaus.

Eine Herausforderung dieser Größenordnung schaffen wir als Ministerium selbstverständlich nicht alleine. Von den Gerichten über die Staatsanwaltschaften, Justizvollzugsanstalten, die Leitstelle für Informationstechnologie der sächsischen Justiz, das Ausbildungszentrum in Bobritzsch, die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung bis hin zu den Verbindungsbüros in Brüssel, Breslau und Prag: An diesen Stellen arbeiten etwa 8.700 engagierte Menschen, die der Demokratie und dem Rechtsstaat ein Gesicht geben.

Überblick

Rechtsstaat & Menschlichkeit

- 6 Eine Justiz für die Menschen
- 8 Vollzug modern und menschlich
- 10 Konsequenz gegen Hass
- 12 Europäisch heißt rechtsstaatlich

Zusammenhalt & Vielfalt

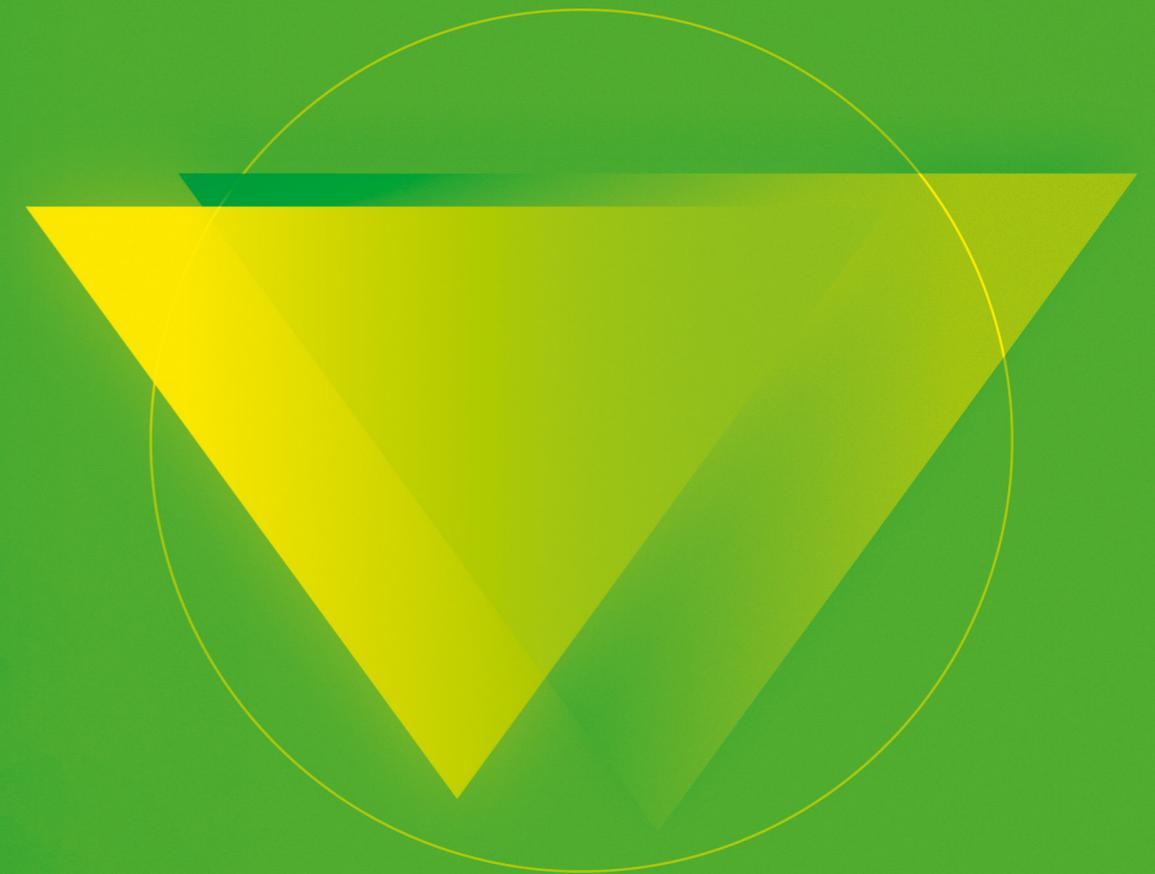
- 14 Mitwirkung mit Wirkung
- 18 Vertrauen durch Transparenz
- 19 Gleichstellung für Gerechtigkeit
- 21 Vielfalt in moderner Gesellschaft

Dialog & Zusammenarbeit in Sachsen und Europa

- 23 Förderung der demokratischen Einstellung
- 24 Der Freistaat im Herzen Europas
- 26 Grenzräume gemeinsam gestalten

Schutz & Hilfe

- 29 Geschützt vor Gewalt
- 30 Wirksam und sensibel helfen



Rechtsstaat & Menschlichkeit

Eine Justiz für die Menschen

Was wäre Sachsen ohne die vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen an den Gerichten, in den Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten? Mit ihrer täglichen Arbeit an den verschiedensten Stellen der Justiz sorgen sie dafür, dass der Rechtsstaat effektiv und handlungsfähig, allem voran aber menschlich ist. Angesichts des doppelten Umbruchs in Digitalisierung und Demografie gilt es, Menschen für die Arbeit in der Justiz zu begeistern.



"Ein bürger:innennaher, handlungsfähiger Rechtsstaat und eine transparente Verwaltung, dafür arbeiten wir jeden Tag. Mit Investitionen ins Personal und die Digitalisierung unserer Justiz, ebenso wie mit einem Transparenzgesetz, das Sachsen auf die Höhe der Zeit bringt."

Mathias Weilandt
Staatssekretär und Amtschef

Der Umbruch steht vor der Tür: In den nächsten Jahren werden besonders viele erfahrene Kolleginnen und Kollegen aus Altersgründen die sächsische Justiz verlassen. Um die entstehende Lücke zu schließen, sind wir an vielen Stellen aktiv. Damit wir im Wettbewerb um besonders qualifizierte Köpfe bestehen können, gestalten wir die Arbeitsbedingungen flexibler.

Mit dem Pakt für den Rechtsstaat, der für die Jahre 2017 bis 2021 die Einstellung von 100 Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten vorsah, konnte eine erfolgreiche Maßnahme abgeschlossen werden.

Neben diesen zusätzlichen Stellen wurden in dieser Laufbahngruppe auch viele beispielsweise durch Altersabgänge frei gewordene Stellen genutzt, um qualifizierten Nachwuchs einzustellen. So sind derzeit allein etwa 130 Proberichterinnen und -richter an sächsischen Gerichten und Staatsanwaltschaften beschäftigt. Unter den vielen neuen Kolleginnen und Kollegen sind auch Menschen, die bereits einiges an Berufserfahrung mitbringen. So schauen wir verantwortungsbewusst voraus und beugen der nächsten Ruhestandswelle vor.

Wichtig war für die verstärkten Neueinstellungen in den weiteren Laufbahnen der Erfolg im Doppelhaushalt 2021 und 2022: Auf der sächsischen Justiz lastete lange die Verpflichtung zu weiterem Stellenabbau. Diese wurde fast vollständig aufgehoben. Damit hat die Justiz nun deutlich bessere Voraussetzungen, sich personell zukunftsfähig aufzustellen.

Mit Voraussicht haben wir auch einen stärkeren Schwerpunkt auf die eigene Ausbildung gelegt. Eine deutliche Aufstockung der Ausbildungszahlen in allen Fachbereichen ab dem Ausbildungsjahr 2019/2020 war eine konsequente Folge, die Erweiterung und Modernisierung von Ausbildungsstandorten eine weitere. Am Ausbildungszentrum in Bobritzsch wird diese Ausbildungsoffensive gut sichtbar. Hier sollen Provisorien durch Erweiterungsbauten ersetzt, für eine gute Infrastruktur gesorgt und weitere Büros und Lehrsäle technisch zeitgemäß ausgestattet werden.

Dass zur zeitgemäßen Ausstattung von Gerichtssälen mehr gehört als Richterpult und Zeugentisch, hat spätestens die Corona-Pandemie bewiesen. Entsprechend haben wir eine Ausstattungsrichtlinie verabschiedet, nach der künftig in jedem Gerichtssaal in Sachsen Onlineverhandlungen stattfinden können. Dafür haben wir Videokonferenzanlagen installiert, die perspektivisch durch umfangreichere Technik ergänzt werden.

Und auch an anderer Stelle geht die Digitalisierung des Rechtsstaates voran, nämlich mit der elektronischen Verfahrensakte – kurz E-Akte. Seit Juni 2021 wird sie schrittweise in Zivilverfahren der ordentlichen Gerichtsbarkeit flächendeckend eingeführt. Weitere Bereiche folgen.

Ab dem 1. Januar 2026 sind dann alle Gerichte und Staatsanwaltschaften zur elektronischen Aktenführung verpflichtet. Spätestens dann wird die E-Akte das sein, was die E-Mail schon lange ist: Alltag.



"Die E-Akte wird die für die Justiz so typischen Aktenberge verschwinden lassen. Mit der Umstellung auf eine elektronische Arbeitsweise durchlaufen die Bediensteten den größten Veränderungsprozess ihrer Laufbahn. Damit führt die Justiz die digitale Wirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger in vielen Lebensbereichen zeitgemäß fort."

Michael Wehnert
Projektleiter E-Verfahrensakte

Neben der personellen und materiellen Ausstattung ist es uns wichtig, eine Basis für kluge, rechtsstaatliche Entscheidungen zu schaffen, die auch von den Bürgerinnen und Bürgern nachvollzogen werden können. Dies geht nur mit leicht zugänglichem und verständlichem Wissen. Viel zu häufig basiert der Umgang mit Kriminalität aber auf individuell "gefühlten Fakten" statt auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Mit dem Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V. (ZKFS) haben wir die erste selbstständige Forschungseinrichtung zur Kriminologie in Ostdeutschland auf den Weg gebracht.



Übergabe des Fördermittelbescheids an das Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen (2021)

Das an die TU Chemnitz angegliederte Institut soll in übergreifender Zusammenarbeit verschiedener Fachrichtungen zu allen Teilbereichen der Kriminologie und Kriminalpolitik arbeiten. Es geht darum, die Entstehung und Wahrnehmung von Kriminalität genauer zu erforschen und den drängenden Fragen der Prävention nachzugehen. Aus den Erkenntnissen des Instituts werden in Zukunft Handlungsempfehlungen abgeleitet und politische Entscheidungen wissenschaftlich untersetzt.

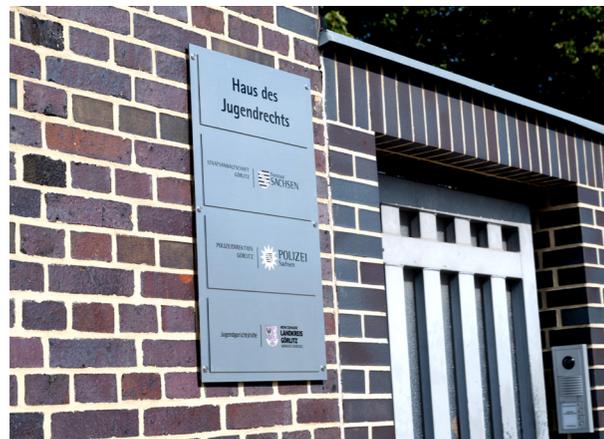
Die Arbeiten des ZKFS sollen zudem auch als wissenschaftliche Grundlage für eine an Evidenz ausgerichtete Strafverfolgungspraxis in Sachsen genutzt werden können.

Vom Generalstaatsanwalt des Freistaates Sachsen und den sächsischen Staatsanwaltschaften werden unter Einbeziehung der Personalvertretung gemeinsame Richtlinien zur einheitlichen Strafverfolgungspraxis erarbeitet. Sie sollen keine starren Maßgaben darstellen, sondern den sächsischen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten als Orientierungshilfe dienen. Die kriminologische Forschung zeigt, dass eine strenge Praxis insbesondere in den Bereichen der Klein- und Suchtkriminalität keinen erheblich positiven Effekt erzielt. Im Gegenteil: Hier präventiv und in jedem Einzelfall mit Augenmaß zu arbeiten, zahlt sich viel mehr aus. So können sich die sächsischen Staatsanwaltschaften bei ihrer Arbeit außerdem stärker auf Bereiche wie Gewalt-, Wirtschafts- und organisierte Kriminalität konzentrieren. Für die Gesellschaft und unsere Demokratie ist das eine gute Nachricht.

Vollzug modern und menschlich

Strafe darf kein Selbstzweck sein. Oberstes Ziel des Justizvollzugs ist die Resozialisierung. Dafür gestalten wir einen modernen Vollzug, der nicht vergisst, dass Menschlichkeit und Behandlungsorientierung die entscheidenden Faktoren für den Erfolg sind. So senken wir langfristig das Risiko erneuter Straffälligkeit – und davon profitieren am Ende alle.

An vielen Stellen haben wir in den letzten Jahren an einer sozialen und wirkungsorientierten Gestaltung des Vollzugs gearbeitet. Der Ausbau des Vollzugs in freien Formen als zukunftsweisendem Rahmen für Resozialisierung während der Haft liegt uns dabei besonders am Herzen. Anders als im klassischen Justizvollzug erleben und verinnerlichen die Gefangenen statt hoher Mauern, Stacheldraht und Gittern die Regeln des Miteinanders in unserer demokratischen Gesellschaft. Das bedeutet keine Leichtfertigkeit, sondern innovative Vollzugsgestaltung unter alltagsnahen Bedingungen, in einer bundesweit einzigartigen Einrichtung für Erwachsene. Die Verurteilten erfahren hier eine intensive persönliche Betreuung – immer mit dem Ziel der Integration in die Gesellschaft. Wir sehen hier viel Potential und wollen dies in Zukunft noch stärker nutzen. Genauso wie die Möglichkeiten des interdisziplinären Projekts "Haus des Jugendrechts". Dem Präventionsgedanken folgend, setzen wir hier mit Hilfsangeboten noch zeitiger an, um kriminellen Langzeitkarrieren frühzeitig entgegenzuwirken.



"Als Träger der freien Straffälligenhilfe bietet der Verein für soziale Rechtspflege Dresden e. V. seit mehr als 30 Jahren umfassende Hilfen für straffällig gewordene und von Straffälligkeit bedrohte Menschen und ihre Angehörigen an. Hierdurch kann ein intensiver Fokus auf die Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen, die Förderung der Wiedereingliederung und die Umsetzung des Strafvollzugs in freien Formen gelegt werden."

Verein für soziale Rechtspflege

Ein hilfreiches Instrument der Resozialisierung kann auch der Täter-Opfer-Ausgleich sein. Er bietet Täterinnen und Tätern im direkten moderierten Kontakt mit den Opfern die Möglichkeit einer Wiedergutmachung und eine Gelegenheit zur glaubhaften Entschuldigung. Leider kam der Täter-Opfer-Ausgleich in Sachsen zu selten zur Anwendung, bundesweit sind wir sogar Schlusslicht. Wir wollen mit Hilfe der Wissenschaft herausfinden, warum das so ist – und wie wir das ändern können. Gegenüber normalen Strafverfahren bietet der Täter-Opfer-Ausgleich den Vorteil, dass Betroffene von Straftaten die eigene Sicht der Tat einbringen und die individuellen Folgen verdeutlichen können. So gelingt es ihnen oft besser, die Tat zu verarbeiten und Ängste zu überwinden. Ein Grund mehr für die Stärkung dieses Instruments.

Während der Corona-Pandemie war uns besonders wichtig, durch Haftaufschübe die Justizvollzugsanstalten zu entlasten, den Infektionsschutz zu verbessern und sogenannte Ersatzfreiheitsstrafen zu vermeiden. Das sind Freiheitsstrafen für nicht gezahlte Geldstrafen. Indem der soziale Dienst der Justiz häufiger einbezogen wurde, konnten mehr verurteilte Personen bei Anträgen auf Ratenzahlung unterstützt werden. Zahlreiche Ersatzfreiheitsstrafen konnten zudem durch Vermittlung von gemeinnütziger Arbeit abgewendet werden.



Schon vor Corona wurde deutlich, dass eine Angleichung der Lebensverhältnisse im Vollzug an die in Freiheit immer mehr auch einen kontrollierten Zugriff der Gefangenen auf das Internet erfordert. Die Pandemie hat diesen Bedarf nochmal ein gutes Stück deutlicher gemacht. Besonders gravierend war für die Gefangenen und ihre Familien und Freunde die Beschränkung von Besuchen, der wichtigsten sozialen Brücke nach draußen. Gerade für Eltern und Kinder stellte dies eine große Belastung dar, wurden doch die ohnehin eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten zu inhaftierten Eltern noch weiter beschnitten. Während alle Welt die Lösung in Begegnungen im virtuellen Raum fand, war dies aus naheliegenden Gründen für Gefangene nicht ohne weiteres möglich.

Dennoch haben wir es in kürzester Zeit geschafft, in allen sächsischen Justizvollzugsanstalten digitale Besuchsmöglichkeiten per Videotelefonie einzurichten. Digitale Maßnahmen wie diese stärker in den Vollzug zu integrieren, darin liegt für die Zukunft eine Herausforderung, aber auch eine große Chance, die wir stärker in den Fokus nehmen wollen.



"Die Inhaftierung eines Menschen hat immer auch Auswirkungen auf dessen Angehörige. Insbesondere minderjährige Kinder sind betroffen, da ihnen eine wichtige Bezugsperson entzogen wird. Dieser unerwünschten, gleichwohl unvermeidbaren Nebenfolge einer Freiheitsstrafe soll bei der Vollzugsgestaltung aktiv entgegengewirkt werden, um familiäre und soziale Bindungen zu erhalten."

Patrick Börner

Koordinator für die familienorientierte Vollzugsgestaltung in Sachsen

Auch die für die Resozialisierung von Straftäterinnen und Straftätern besonders wichtige Arbeit der freien Straffälligenhilfe und die landesweit eingerichteten Opferberatungsstellen wurden durch eine Erhöhung der finanziellen Zuwendungen gestärkt.

Konsequent gegen Hass

Hass, Hetze und Gewalt gefährden unser gesellschaftliches Miteinander in Sachsen. Nicht umsonst haben wir einen Schwerpunkt darauf gelegt, mit unserer Arbeit Extremismus entgegenzutreten und politische sowie gruppenbezogen menschenfeindliche Gewalt zu bekämpfen. Wir haben dabei bestehende Instrumente weiterentwickelt und neue Strukturen geschaffen.

Die Gefahr des Rechtsextremismus wurde in Sachsen über lange Jahre unterschätzt. Sichtbar war sie jedoch immer. Mit dem **"Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus"** wird nun endlich anerkannt, dass wir dieser fundamentalen Bedrohung unserer Demokratie ganzheitlich begegnen müssen. Entwickelt unter der Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure, nimmt das Konzept nicht nur einzelne Symptome in den Blick, sondern begegnet dem Problem in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen.

Opfer von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen wir ebenfalls besser schützen. Hierfür wurde eine **Ansprechstelle** eingerichtet, an die sich Menschen wenden können, die von Antisemitismus- und LSBTTIQ*-Feindlichkeit betroffen sind. Die Ansprechperson soll die gegenseitige Wahrnehmung von Strafverfolgungsbehörden und betroffenen Menschen und Gruppen fördern und auf allen Seiten Vertrauen aufbauen. Betroffenen soll es so in Zukunft leichter fallen, Anzeige zu erstatten.

Um Antisemitismus frühzeitig zu erkennen, hat die Generalstaatsanwaltschaft Dresden zudem in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt Sachsen einen **Leitfaden** erarbeitet, wie antisemitische Straftaten besser erkannt und konsequent verfolgt werden können.

Noch mehr Konsequenz gibt es jetzt auch bei der Verfolgung von Hasskriminalität im Internet, insbesondere in sozialen Medien. Hass und Hetze verbreiten sich hier schnell und kaum kontrolliert, und bringen durch Gewaltandrohung nicht selten auch jene zum Schweigen, die von der Demokratisierung der Kommunikation profitieren könnten. Mit dem bloßen Löschen solcher Beiträge ist es also nicht getan. Deshalb können sie nun dank dem **Projekt "Gemeinsam gegen Hass im Netz"** unmittelbar durch Journalistinnen und Journalisten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet und über das Bürgermeldeportal für Hasskriminalität durch jede und jeden auch digital angezeigt werden. Rechtswidrige Posts werden nicht mehr einfach nur gelöscht, sondern rechtlich bewertet und bearbeitet. Frühzeitige Prüfung und Bearbeitung durch spezialisierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Polizei und Staatsanwaltschaft erhöhen die Ermittlungserfolge.

Mit einer **Stärkung der Ermittlungseinheiten Zentralstelle Extremismus Sachsen (ZESA) und Zentralstelle Cybercrime Sachsen (ZCS)** wollen wir Bedrohungen künftig noch effektiver entgegentreten. Wichtig ist aber auch, dass wir die Menschen unterstützen, die wegen ihres vielfältigen politischen Engagements für unser Gemeinwohl zum Ziel von Hetze und Gewalt werden. Für sie setzen wir künftig Ansprechpersonen ein, an die sie sich bei Bedrohungen wenden können.

Am Ende sind es immer Menschen, die den Rechtsstaat bilden, sei es bei Gericht oder in der Verwaltung. Wer nicht auf dem Boden unserer Verfassung steht, darf nicht im öffentlichen Dienst tätig werden. **Hierfür schaffen und nutzen wir den gesetzlichen Rahmen.**

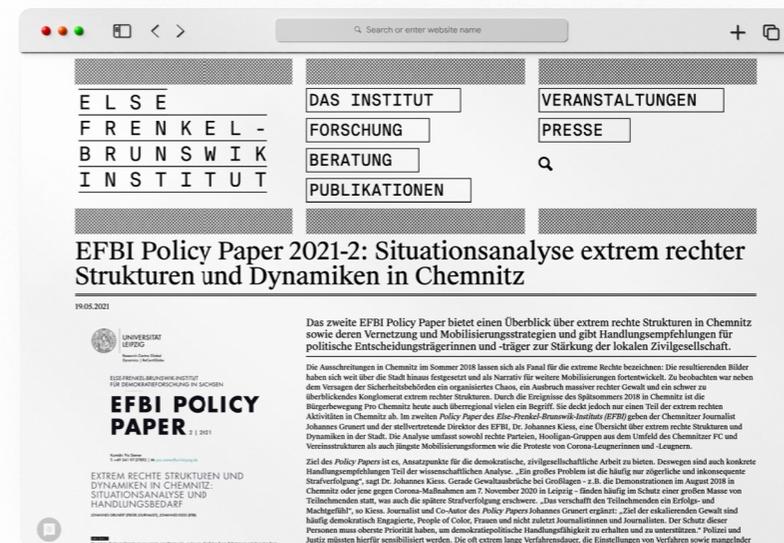
Woher demokratiefeindliche Einstellungen kommen, das untersucht und dokumentiert das im Herbst 2020 neu gegründete **Else-Frenkel-Brunswick-Institut (EFBI)** an der Universität Leipzig.

Es erforscht unter anderem, welche regionalen Lebens- und Sozialisationsbedingungen kollektive Aggression und kollektiven Frust auslösen, welche Rolle die Hinterlassenschaften enttäuschter Erwartungen aus der Zeit nach 1989 dabei spielen und wie Verschwörungsmentalitäten wirken. Seine neugewonnenen Erkenntnisse über antidemokratische und menschenfeindliche Tendenzen bereitet das Institut verständlich und praxisnah auf und stellt sie zivilgesellschaftlichen Gruppen und den Kommunen zur Verfügung. Damit stärkt das EFBI die demokratische Zivilgesellschaft in Sachsen durch fundiertes Wissen und trägt zur aktiven Vernetzung engagierter Akteurinnen und Akteure bei.



"Viele unserer Forschungsprojekte zu antidemokratischen Bestrebungen in Sachsen sind zeitaufwendig, versprechen aber neue Einblicke in die Probleme und Konflikte, die die Menschen vor Ort wahrnehmen. Demokratie ist eben nicht nur eine Einstellungssache, sondern das Ergebnis vielfältiger Faktoren und gesellschaftlich-regionaler Dynamiken."

— Dr. Fiona Kalkstein —
Else-Frenkel-Brunswick-Institut



In seinen zahlreichen Policy Papers stellt das EFBI aktuelle Forschungsergebnisse vor und gibt konkrete Empfehlungen.

Europäisch heißt rechtsstaatlich

Rechtsstaatlichkeit ist ein zentraler Grundwert Europas. Nun erscheint dieses Europa vielen Menschen in Sachsen häufig weit weg, manchmal ziemlich komplex und selten richtig greifbar. Dabei muss man gar nicht bis nach Brüssel reisen, um die Tragweite der dort getroffenen Entscheidungen zu verstehen.

Ob Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte oder eben Demokratie – ohne Rechtsstaatlichkeit wäre der Schutz aller anderen Grundnormen unseres Zusammenlebens nicht denkbar. Ein gesamteuropäisches Rechtsstaatsverständnis bedeutet einen Schritt in Richtung eines echten europäischen Gemeinwesens und schließt Rechtssicherheit für Einzelne genauso wie für Unternehmen mit ein. Alle müssen sich darauf verlassen können, dass die rechtsstaatlichen Grundsätze überall in der EU eingehalten werden. Sofern Länder dagegen verstoßen, greift nun ein vom Europäischen Gerichtshof für rechtsgültig erklärter Mechanismus, die sogenannte Rechtsstaatskonditionalität. Sie gestattet es, Finanzmittel zu kürzen, wenn ein Missbrauch von EU-Geldern droht. Mit einem **Schwerpunkt im Rahmen unseres Vorsitzes bei der Europaminister:innen-Konferenz** haben wir uns dafür stark gemacht, dass dieser Mechanismus gegen die Erosion des Rechtsstaates wirksam werden soll.

Dem Thema Rechtsstaatlichkeit war auch eine grenzüberschreitende **Drei-Länder-Konferenz gewidmet**, die von uns im Januar 2022 gemeinsam mit der Universität Leipzig ausgerichtet wurde. Diese Veranstaltung, an der Expertinnen und Experten aus Polen, Tschechien und Deutschland teilnahmen, bildete den Startschuss zu einem regelmäßigen Austausch auf justizieller, politischer und wissenschaftlicher Ebene, um ein wechselseitiges Verständnis für die Herausforderungen und möglichen Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit zu schaffen.



Mit der traditionellen Glockenübergabe übernimmt Sachsen den EMK-Vorsitz (2021).

Weil die Demokratie in Europa auch vom Zusammenspiel und der Vielfalt ihrer Mitgliedsstaaten lebt, ist eine vertiefte europäische Integration die logische Konsequenz. Deswegen setzen wir uns dafür ein, die **Unionsbürgerschaft auszubauen und damit die demokratische Teilhabe und die Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger der EU zu fördern**. Bürgerinnen und Bürger der EU sollen so besser eingebunden, der Zusammenhalt stärker und das Vertrauen in die EU größer werden. Europa rückt also noch ein Stückchen näher.

Zusammenhalt & Vielfalt

Mitwirkung mit Wirkung

Die Wahlplakate, die regelmäßig bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen in Sachsens Straßen zur Stimmabgabe aufrufen, sind nur das offensichtlichste Symbol demokratischer Teilhabe. Die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger enden aber nicht im Wahllokal. Für eine lebendige Demokratie sind vielfältigere Arten der Beteiligung und eine gut informierte Öffentlichkeit unverzichtbar. Mit unserer Arbeit machen wir politische Meinungsbildung attraktiver, transparenter und anschlussfähiger – und stärken damit den gegenseitigen Respekt und das Miteinander in Sachsen.

Laut "Sachsen-Monitor" 2018 wünschen sich drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger mehr Beteiligungsmöglichkeiten auf Gemeinde-, zwei Drittel auf Landkreisebene. Mit der neuen Förderrichtlinie "Bürgerbeteiligung" haben wir eine gute Antwort gefunden, um den Stimmen der Bürgerinnen und Bürger mehr Gehör zu verschaffen. Kommunen und zivilgesellschaftliche Initiativen erhalten finanzielle Unterstützung für Beteiligungsformate wie Nachbarschaftsgespräche, Bürgerwerkstätten oder Zukunftskonferenzen. Geld steht aber auch zur Verfügung, um einen Rahmen für die politische Teilhabe innerhalb einer Kommune zu entwickeln. Das Ziel dieser neuen Fördermöglichkeiten ist klar: Gerade das Potential der Kommunen als Keimzellen der Demokratie darf nicht ungenutzt bleiben. Wo sonst merken Menschen die Auswirkungen ihrer Mitwirkung so unmittelbar wie vor der eigenen Haustür?



Abschlussbericht des Bürgerrats "Forum Corona"

Zahlreiche Kommunen in Sachsen sind bereits sehr erfolgreich, was die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern angeht. In anderen Städten und Gemeinden spielt sie bislang nur punktuell eine Rolle. Mit der Schaffung eines Netzwerks sollen kommunale und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure künftig besser voneinander lernen können – von der Beantragung von Fördermitteln bis zur Auswahl geeigneter Beteiligungsformate. Gleichzeitig werden hier in Sachsen umgesetzte Verfahren dokumentiert und die vielseitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sichtbar gemacht.



Özcan Karadeniz und Marett Klahn führen gemeinsam durch die Abschlussveranstaltung zum "Forum Corona" (2022).

Manchmal ereilt Menschen die Möglichkeit der Teilhabe ganz zufällig: 50 Sächsinen und Sachsen wurden per Losverfahren durch das Statistische Landesamt ausgewählt, um in Sachsens erstem Bürgerrat die Bevölkerung zu repräsentieren, dem "Forum Corona". Damit bilden sie im Prinzip ein Sachsen im Miniaturformat. Hier wurde gemacht, was auch im Großen der Maßstab des demokratischen Miteinanders sein sollte: einander zuhören, sich gegenseitig ernst nehmen, im Gespräch bleiben und um Kompromisse ringen. Das Thema: die Corona-Krise und ihre Folgen. Dabei haben die Teilnehmenden in regelmäßigen digitalen Sitzungen gemeinsame Lösungen erarbeitet und als konkrete Handlungsempfehlungen an die Politik formuliert.

"Dieses Format soll Schule machen! Bürgerräte können in Sachsen auch auf andere Themen angewandt werden, zum Beispiel Strukturwandel."

O-Ton aus dem Bürgerrat "Forum Corona"



Abschlussveranstaltung des Bürgerrats "Forum Corona" (2022)

"Hier wurde Demokratie gelebt! Stück für Stück auf Handlungsempfehlungen hinzuarbeiten, ist eine tolle Sache."

O-Ton aus dem Bürgerrat "Forum Corona"



Interview mit Prof. Dr. Hans Vorländer (TU Dresden)

Sehr geehrter Herr Vorländer – worauf beruht die Idee eines Bürgerrats?

Aktuell ist immer wieder feststellbar, dass Menschen auf die Straße gehen, Dinge niederschreiben und Politik verächtlich machen. Das ist für eine Demokratie außerordentlich gefährlich. Da sind solche Instrumente wie ein Bürgerrat äußerst hilfreich, weil die Bürgerinnen und Bürger eine konkrete Frage gemeinsam bearbeiten und dabei andere Perspektiven hören. Ein solches Brückenelement zwischen Bürgerschaft und Politik trägt dazu bei, dass Prozesse der Entfremdung durch Vertrauensbildung ersetzt werden, sodass neues Vertrauen entstehen kann.

Was wird dabei erarbeitet?

Der Bürgerrat erarbeitet Empfehlungen. Die Bürgerschaft macht sich laut und verständlich, indem sie versucht, konstruktive Lösungsempfehlungen zu formulieren. Das Entscheidende ist, dass Empfehlungen keine Entscheidungen sind. Entschieden werden muss im Parlament oder durch die Regierung.

Fehlt es dann nicht an Verbindlichkeit?

Die Politik kann das nicht übergehen, sondern sie muss sich dazu verhalten. Die Responsivität wird erhöht. Das heißt: Man hört auf die Bürgerinnen und Bürger, man muss dann aber auch antworten. Dieses Spiel ist ganz wichtig, denn in unserem System ist es ja so, dass wir repräsentativ verfasste Institutionen und Wahlen haben. In der Zwischenzeit sind Bürgerinnen und Bürger in der Regel auf das angewiesen, was die Politik entscheidet.

Vertrauen durch Transparenz

Voraussetzung für die wirksame Mitwirkung in einer Demokratie ist neben dem Willen zum Engagement vor allem der Zugang zu allen relevanten Informationen. Denn wer nicht ausreichend über politische Entscheidungsprozesse informiert ist, kann sich auch nicht gut an diesen beteiligen. Transparenz ist ein Schlüssel, den wir den Bürgerinnen und Bürgern mit einem Gesetz in die Hand geben wollen.

Unser Entwurf zum Transparenzgesetz sieht vor, möglichst weitgehend und umfassend Informationen über das Handeln der Regierung und der Verwaltung bereitzustellen, sofern keine Sicherheitsbedenken bestehen oder Persönlichkeitsrechte gefährdet sind: Regierungsbeschlüsse, Gesetzentwürfe, Gutachten, Studien, Berichte, Informationen über Zuwendungen und Beteiligungen des Freistaates. Damit gehen wir einen Schritt, der echtes Vertrauen in den Staat und seine Institutionen schafft – und damit letztendlich die Demokratie stärkt.

Das Transparenzgesetz sieht vor, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Sachsen einen Anspruch auf Veröffentlichung von Informationen erhalten. Der Gesetzentwurf verpflichtet die Behörden in Zukunft auch, Informationen auf einer für alle zugänglichen Transparenzplattform im Internet zu veröffentlichen.

Bestimmte Informationen wird die Verwaltung dabei proaktiv zur Verfügung stellen, womit der sächsische Gesetzentwurf weiter geht als die meisten Informationsfreiheitsgesetze in anderen Bundesländern.



Staatsministerin Katja Meier moderiert die Auftaktveranstaltung von "Dialog. Recht. Politik." (2022).

Ein transparentes Handeln des Staates stärkt das Vertrauen in den Staat und die Verwaltung. Städten und Gemeinden wird es mit dem Gesetz möglich, rechtssicher durch Satzungen ebenfalls Transparenz und Informationsfreiheit für ihre Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Gleichstellung für Gerechtigkeit

In der Theorie lassen sowohl das deutsche Grundgesetz als auch die 1992 verabschiedete Verfassung des Freistaates Sachsen keinen Zweifel: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt". In der Praxis sieht das leider zu häufig noch anders aus. Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts zu beseitigen, ist unverzichtbar für den Zusammenhalt in einer Demokratie. Wir arbeiten daran, Unterrepräsentanz aufzuheben, eine gleichberechtigte Teilhabe zu fördern und die Chancengerechtigkeit für alle Geschlechter zu erhöhen.

Gleichberechtigung ist für uns nicht etwa ein optionales Randthema, sondern Voraussetzung dafür, dass alle Menschen gleichermaßen die Demokratie mitgestalten können – und damit die Demokratie erst zur echten Demokratie machen. Demokratie ist nur glaubwürdig, wenn sie Vielfalt wertschätzt und die Gleichbehandlung aller ernstnimmt. Damit betrifft das Thema keineswegs nur Frauen, sondern alle Menschen gleichermaßen. Meist liegt der Fokus trotzdem darauf, die Position von Frauen zu stärken, weil zuerst an vielen Stellen Chancengerechtigkeiten überwunden werden müssen.

Zum Beispiel beim Lohn. Hier arbeiten wir daran, geschlechtsspezifische Unterschiede in Sachsen zu erfassen und auf einer interaktiven Webseite transparent zu machen. Denn häufig nimmt die Öffentlichkeit Probleme erst dann wahr, wenn sie gut sichtbar und verständlich dargestellt sind. Geplant sind darauf aufbauend regionale Workshops und eine Studie zum Einfluss der hohen Teilzeitquote.

Wir fördern außerdem den beruflichen Aufstieg und die Karriereplanung qualifizierter Frauen durch Mentoring, Coaching, Vernetzung. Zudem unterstützen wir den Einstieg von Frauen in die Selbstständigkeit.



Sächsischer Gründerinnenpreis (2021)

Erwachsen daraus erfolgreiche Unternehmerinnen, finden sie sich möglicherweise beim Sächsischen Gründerinnenpreis wieder, der auch nach über 20 Jahren fester Bestandteil der Gleichstellungspolitik in Sachsen bleibt.



Jacqueline Hausotte erhält den Sächsischen Gründerinnenpreis (2021).

Auch in Gemeinderäten, Kreistagen und dem sächsischen Landtag gibt es in Sachen Gleichstellung noch Einiges zu tun. Der Anteil von Mandatsträgerinnen ist in der Regel deutlich niedriger als der von Mandatsträgern. In einer **Fachkommission** arbeiten wir zusammen mit Sachverständigen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung daran, **bessere Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe** von Frauen an Wahlämtern zu finden.

Für den öffentlichen Dienst haben wir ein **Gesetz** entworfen, **das die Gleichstellung von Frauen und Männern zum Ziel hat**. Für einen größeren Anteil weiblicher Mitarbeitender sollen etwa bei Personalentscheidungen Bewerbungen von Frauen bei gleichwertiger objektiver Eignung bevorzugt werden, sofern Frauen im betreffenden Bereich unterrepräsentiert sind. Andere Maßnahmen sind unter anderem eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle Bediensteten, gleichberechtigte Gremienbesetzung und ein geschlechtergerechtes Beurteilungswesen.



In der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wird derzeit das Thema geschlechtergerechte Sprache. Auch die Sprache unserer Gesetze ist immer noch von einer Zeit geprägt, als Frauen noch nicht dieselben Rechte wie Männer hatten. Das ist heute zum Glück anders und sollte selbstverständlich auch sprachlich zum Ausdruck kommen. Während in Normtexten bisher stets das generische Maskulinum für alle herhalten musste, haben wir die **Regelungen zur Normsetzung angepasst**, damit künftig in Gesetzen und Verordnungen Frauen und Männer gleichermaßen sichtbar werden.

In vielen Bereichen haben wir die **Förderung von Organisationen und Projekten im Bereich Gleichstellung erhöht oder verstetigt**, etwa für Beratungsstellen für Betroffene von Diskriminierung. Eine **Novellierung der Richtlinie "Chancengleichheit"** war dazu ebenso nötig wie die **Erhöhung der Haushaltsmittel**. Auf Corona haben wir zudem reagiert, indem wir mit finanzieller Soforthilfe die wichtige Arbeit von Vereinen in den Bereichen Gleichstellung, Vielfalt und Gewaltschutz auch in Pandemiezeiten sichern.

Vielfalt in moderner Gesellschaft

Häufig wird das Thema Diskriminierung als Minderheitenthema abgetan. Dabei sagt der Umgang mit vielfältigen Lebensentwürfen, sexuellen Orientierungen und Identitäten viel über den Zustand einer Gesellschaft aus. Der Einsatz für das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit bedeutet schließlich auch einen Einsatz für unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte.

Um ein Zeichen für die Rechte und Anliegen von LSBTTIQ* in Sachsen zu setzen, haben wir vor dem SMJusDEG die **Regenbogenfahne** gehisst. Jedoch beschränken wir uns nicht nur auf sichtbare Zeichen, um uns für die Vielfalt der Lebensgestaltung zu engagieren und zu Respekt und Toleranz aufzurufen. Wir gehen gegen Diskriminierung vor und machen uns für die Rechte von LSBTTIQ*-Menschen in Sachsen stark.



Staatsministerin Katja Meier hisst die Regenbogenfahne vor dem SMJusDEG (2021).

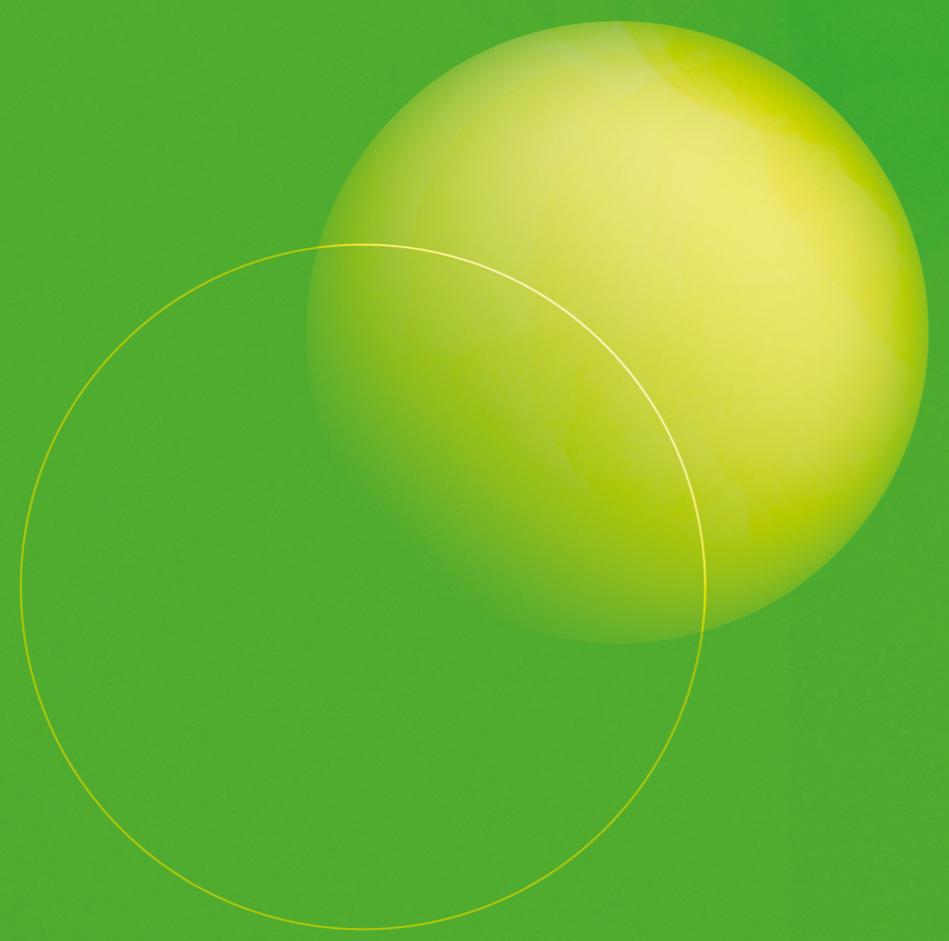


Weil wir immer noch zu wenig über die Situation von LSBTTIQ* in Sachsen wissen, wollen wir diese Lücke mit einer **umfassenden Erhebung zu Diskriminierungserfahrungen und diskriminierungsrelevanten Einstellungen in Sachsen** schließen. Damit können wir auch den 2017 gestarteten **Landesaktionsplan "Vielfalt"** weiter fort-schreiben, der in vielen Lebensbereichen dafür sorgen soll, dass auch nicht-heterosexuelle Menschen ihr Recht auf freie Entfaltung ohne Angst ausleben können.

"Als Ansprechperson der Staatsanwaltschaft Leipzig möchte ich queeren Menschen das Gefühl vermitteln, dass sie sich ohne Vorbehalte an uns wenden können, damit wir gemeinsam Hasskriminalität besser sichtbar machen und ihr entgegenwirken können."

— Maren Klenke —
Staatsanwältin, Staatsanwaltschaft Leipzig

Der Abbau von Vorurteilen und Missverständnissen steht dabei für uns an erster Stelle. Die Schaffung einer **neuen Ansprechperson für LSBTTIQ*** bei der Staatsanwaltschaft Leipzig war dafür ein wichtiger Schritt. Ihre Aufgabe ist es, die gegenseitige Wahrnehmung von Strafverfolgungsbehörden und LSBTTIQ*-Menschen zu fördern und auf allen Seiten Vertrauen aufzubauen. Betroffenen von Diskriminierung soll es so in Zukunft leichter fallen, Anzeige zu erstatten.



Dialog & Zusammenarbeit
in Sachsen und Europa

Förderung der demokratischen Einstellung

Im Gespräch sein, zuhören, andere Perspektiven kennenlernen, gemeinsam Lösungen aushandeln – Demokratie wird stärker, wenn sie lebendig ist. Demokratie ist auch eine Frage des Erlebens: Wer positive Erfahrungen macht, ist eher bereit, sie mitzugestalten. Darum ist es uns wichtig, demokratische Einstellungen zu stärken, die Freude am Dialog zu entfachen und auf eine gute politische Bildung zu setzen.

Es gibt Orte, an denen sich Demokratie besonders gut spüren lässt. Na klar, Parlamente sind die offensichtlichsten. Aber auch darüber hinaus. Überall, wo Menschen sich treffen, um einen Ort gemeinsam auszubauen, zu renovieren oder zu verschönern, kann ein **Ort der Demokratie** entstehen. Seit kurzem fördern wir Projekte, bei denen nicht bloß eine kleine Gruppe Gleichgesinnter entscheidet, was – vermeintlich – gut für alle ist, sondern viele mit einbezogen werden. Wenn schwierige Anliegen demokratisch ausgehandelt werden, tragen gemeinsam getroffene Entscheidungen zu einer besseren Atmosphäre bei. Dabei geht es nicht nur um die großen politischen Fragen, sondern um die konkrete Gestaltung des Umfeldes und des Zusammenlebens. So wird der Spielplatz im Ort nicht nur schöner, sondern auch besser angenommen, weil alle mitgestaltet und mitentschieden haben.



Wir feiern die ausgewählten "Orte der Demokratie" (2022).



Staatsministerin Katja Meier mit Prof. Dr. Anja Besand, der Direktorin der JoDDiD (2021)

Ein Ort der Demokratie ganz anderer Art ist die neue **John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoDDiD)**. Hier werden vor allem für den außerschulischen Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung passgenau Methoden und didaktische Konzepte entwickelt und erprobt. Innovative wissenschaftliche Forschung stärkt sowohl die Demokratietarbeit als auch die politische Bildung. Die JoDDiD wurde im Herbst 2020 eröffnet und ist an die TU Dresden angegliedert.



In der Werkstatt der JoDDiD (2021)

Peter-Henkenborg-Preis

Um neuen Bildungsformaten und ihren Ideen mehr Sichtbarkeit zu geben, haben wir 2021 im Rahmen des Sächsischen Förderpreises für Demokratie erstmals den Peter-Henkenborg-Preis verliehen. Ausgezeichnet wurde der Verein ASA-FF e.V. aus Chemnitz für sein Projekt "Offener Prozess", in dem unter anderem ein Methodenhandbuch mit Impulsen für die politische Bildung und die Erinnerungsarbeit entwickelt wird. Das Projekt zeichnet sich durch eine große empathische Haltung gegenüber den Opfern des rechtsextremen Terrors des NSU aus.

Natürlich gibt es in Sachsen bereits viele Projekte, die in diesem Bereich weiterdenken und Ideen weiterentwickeln. Sie verbessern auf vielfältige Art die didaktische Qualität politischer Bildungsarbeit für Demokratie. Und das ist auch gut so, weil wir dringend mehr wegweisende Beispiele guter Bildungsformate brauchen, um andere zu inspirieren, zu motivieren und zu ermutigen.

Gemeinsam erarbeitete Lösungen werden wir auch beim Thema NSU-Komplex brauchen, denn mit der Aufarbeitung sind wir als Gesellschaft noch lange nicht fertig. Anlässlich des zehnten Jahrestages der Enttarnung, die Deutschland erschütterte, haben wir einen Prozess gestartet, aus dem **Konzepte für ein Dokumentationszentrum** entstehen sollen. Ganz im Sinne des demokratischen Dialogs laden wir viele verschiedene Akteurinnen und Akteure ein, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Wir wünschen uns, dass das Zentrum aus Orten besteht, an denen Menschen zusammenkommen, sich austauschen, diskutieren und erinnern.

Der Freistaat im Herzen Europas

Mit der EU-Osterweiterung 2004 geografisch vom Rand ins Zentrum der Europäischen Union gerückt, ist Sachsen auch politisch zur Schlüsselregion in Europa geworden. Im SMJusDEG haben wir mit der Übernahme der Ressortzuständigkeit für Europa und die sächsischen Vertretungen in Brüssel, Breslau und Prag die Stabsstelle Europa eingerichtet. Hier laufen die Fäden für eine gemeinsame sächsische Europapolitik zusammen. So bringen wir Europa noch ein gutes Stück näher an Sachsen – und umgekehrt natürlich auch.

Gemeinsam mit unseren engagierten Partnerinnen und Partnern verbreiten wir die europäische Idee in Sachsen und werben zugleich für ein ökologisches, soziales und bürgernahes Europa. Wie wichtig europäische Werte und solidarisches Engagement über Ländergrenzen hinweg sind, ist uns allen spätestens seit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 deutlich bewusst.



"Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa werden nicht nur in Brüssel gemacht. Auch hier vor Ort können Bürgerinnen und Bürger sich dafür engagieren. Hieran arbeiten die Europa-Union Sachsen und der Jugendverband, die Jungen Europäischen Föderalist:innen, zusammen mit dem SMJusDEG!"

Katharina Wolf
Landesvorsitzende der Europa-Union Sachsen

Gelegenheit, für unsere europapolitischen Anliegen zu werben, hatten wir seit dem 1. Juli 2021, als der Freistaat für ein Jahr den **Vorsitz in der Europaminister:innenkonferenz (EMK)** übernahm, in der die Europapolitik der Länder abgestimmt wird. Damit rückte Sachsen europapolitisch auch innerhalb Deutschlands in den Mittelpunkt.



Bei der Europaminister:innenkonferenz in Chemnitz (2021)

Erreicht wurden in dieser Zeit unter anderem **gemeinsame Beschlüsse zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU** und zum **"Europäischen Green Deal"** für die **Umsetzung der EU-Klimaziele mit regionaler Dimension**.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist ein weiterer Schwerpunkt unseres EMK-Vorsitzes. Wir alle kennen das: Gemeinsame Aktivitäten schweißen zusammen. Deshalb entwickeln wir mit unserem Nachbarn Tschechien den gemeinsamen Wirtschafts- und Kulturraum weiter. Beispielsweise mit den **deutsch-tschechischen Innovationstagen**, organisiert von unserem Sächsischen Verbindungsbüro in Prag mit mehreren Partnern aus Tschechien und Deutschland. Zudem planen wir Gespräche mit Tschechien über die Einrichtung eines **gemeinsamen Regionalrats**. In Polen haben wir unser **sächsisches Verbindungsbüro in Breslau** in neuen Räumlichkeiten am Freiheitsplatz (Plac Wolności) wiedereröffnet – mehr Platz für Kooperation, Gemeinschaft und gegenseitiges Zuhören über die Neiße hinweg!

In Brüssel werten wir unser **Verbindungsbüro zu einer Vertretung des Freistaates** auf. Damit stärken wir die sächsische Position in Europa. Mit Blick auf den anstehenden Wandel weg von der Braunkohle hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft sind wir auf einen kontinuierlichen Austausch mit den europäischen Institutionen angewiesen. Zusammen mit den beteiligten Ressorts hat das Brüsseler Büro bereits dazu beigetragen, dass **EU-Gelder für die strukturelle Entwicklung Sachsens nicht gekürzt und die Mittel für grenzübergreifende Zusammenarbeit in der EU erhöht** werden.

In eine andere und für Sachsen bisher ungewöhnliche Richtung führte es die Staatsministerin, als sie sich im Herbst 2021 in Frankreich mit Vertreterinnen und Vertretern der Mittelmeerregion Okzitanien traf. Auch Sachsen soll eine **französische Partnerregion** bekommen. Mit Okzitanien, ebenfalls eine Grenzregion, hat der Freistaat vieles gemeinsam, zum Beispiel in den Bereichen Jugend, Industrie, Kultur und Gleichstellung.

Aus dem Neben- ein Miteinander zu machen, ist auch das Ziel von **#FreeInterrail**. Wir unterstützen die Initiative, die junge Menschen dank kostenlosem Interrail-Ticket durch Europa bringen will – eine tolle Gelegenheit, um Europa gemeinsam im wahrsten Sinne des Wortes zu erfahren.

Ein Ereignis bringt Europa wiederum nach Sachsen: Chemnitz wird nach erfolgreicher Bewerbung **Kulturhauptstadt 2025** – ein echter Push für die strukturelle Entwicklung der drittgrößten Stadt im Freistaat. Wir freuen uns sehr darauf!



"Unsere Landesvertretung ist DAS Schwungrad für die Vertretung sächsischer Interessen in Europa. Wir pflegen und erweitern die Netzwerke Sachsens in die EU und sorgen dafür, dass die besonderen Belange des Freistaates in Brüssel gehört werden."

Stefanie Siffert
Sachsen-Verbindungsbüro Brüssel

Grenzräume gemeinsam gestalten

Grenzregionen sind die Nahtstellen Europas. Hier kommen Nachbarinnen und Nachbarn europäischer Nationen tagtäglich zusammen. Dass diese Freiheit nicht selbstverständlich ist, hat sich während der Pandemie gezeigt. Für uns Grund genug, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu unseren direkten Nachbarn weiter mit Leben zu füllen.

Auch Corona hat an Sachsens Grenzen nicht haltgemacht. Als das Reisen durch das Pandemiegeschehen erschwert wurde, war es uns wichtig, mit unseren Nachbarn weiterhin im Dialog zu bleiben und uns auszutauschen. Verstetigt werden soll nicht nur die bereits erwähnte Leipziger Rechtsstaatskonferenz, sondern auch der Dialog des sächsischen Landesfrauenrats mit polnischen Frauenräten. Darüber hinaus haben Bürgerinnen und Bürger aus Sachsen, Polen und Tschechien in drei grenzüberschreitenden Bürgerdialogen im Rahmen der EU-weiten Konferenz zur Zukunft Europas Ideen und Wünsche u.a. für ein verbessertes Zusammenleben in europäischen Grenzräumen gesammelt. Die Vorschläge wurden sowohl an die EU übermittelt als auch politischen Vertreterinnen und Vertretern aller teilnehmenden Regionen übergeben.

Weniger erfreulich als diese gemeinsamen Aktivitäten ist die Diskriminierung von LSBTTIQ*-Menschen in einigen Kommunen Polens. Umso wichtiger das klare Statement der Europaminister:innenkonferenz in Perl-Nennig 2020 zur Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit. Es enthält das uneingeschränkte Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit und zu europäischen Werten, inklusive der Achtung von Rechten der EU-Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Identität.



Staatsministerin Katja Meier im Gespräch mit Nobelpreisträgerin Olga Tokarczuk (2021)

Grenzüberschreitender Dialog

Staatsministerin Katja Meier übernahm 2021 zum ersten Mal die Schirmherrschaft über das polnische Literaturfestival Góry Literatury, das für Toleranz und Weltoffenheit steht. Organisiert wird das Festival durch die Stiftung der Literaturnobelpreisträgerin Olga Tokarczuk. Sie gibt mit ihrem Engagement den Frauen in Polen Rückhalt, die von reaktionären Kräften bedroht werden. Das Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Breslau war einer der Kooperationspartner des Festivals.

Erfreulicherweise konnten wir uns in der Krise auf unsere guten Beziehungen zu Tschechien verlassen. Wahrscheinlich haben wir sie sogar vertiefen können, denn als es um die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf Pendlerinnen und Pendler ging, waren nicht wenige Abstimmungsrunden nötig, um alle wichtigen Fragen zu klären. Unabhängig von der aktuellen Lage unterstützt die EU zudem das Kooperationsprogramm zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik.

Hinter dem langen Namen verbirgt sich auch ein entsprechend umfangreicher Austausch im Bereich Justiz. Hospitationen, Workshops, Konferenzen und Sprachkurse – sie alle sollen uns helfen, voneinander zu lernen und Kriminalität in der Grenzregion auf beiden Seiten noch besser bekämpfen zu können.



"Moot Court" mit Studierenden im Rahmen der 1. Trilateralen Rechtsstaatskonferenz (2022)

Für weitere Verbesserungen der Lebensverhältnisse in den Grenzregionen der EU setzt sich die Bürgerallianz des Europäischen Ausschusses der Regionen ein, der Sachsen beigetreten ist. EU-Gelder sollen bei grenzüberschreitenden öffentlichen Dienstleistungsprojekten schneller und einfacher fließen. Dank ihnen können beispielsweise Busse grenzübergreifend verkehren, Rettungsdienste auf beiden Seiten Hilfe leisten oder Menschen, die über die Grenze ziehen, weiterhin dieselbe Ärztin besuchen. So bleiben die Grenzräume für die Menschen ein lebendiger Ort der Begegnung.



Antrittsbesuch von Staatsministerin Katja Meier bei der neuen Regierung in Tschechien (2022)

Geschützt vor Gewalt

Wer bedroht wird und schutzlos ist, kann nicht frei leben – und sich so auch nicht im selben Maß in einer demokratischen Gesellschaft einbringen wie andere. Der Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt ist damit auch ein Schutz demokratischer Teilhabe.

Der Aufruf, zu Hause zu bleiben, hat während der Corona-Pandemie zweifellos viel dazu beigetragen, die Verbreitung dieses unheilvollen Virus zu verlangsamen. Einfach war das wahrscheinlich für die Wenigsten. Für einige Menschen, insbesondere Frauen, stellte die Situation zusätzlich eine besondere Bedrohung dar. In den eigenen vier Wänden isoliert, waren sie in dieser Zeit häufiger von häuslicher Gewalt betroffen. Damit es mehr Hilfs- und Beratungsangebote für Frauen gibt, bauen wir das Netz von Interventions- und Koordinationsstellen aus, so dass am Ende der Wahlperiode alle Landkreise und kreisfreien Städte in Sachsen versorgt sind. Darüber hinaus sichern wir einen besseren Personalschlüssel in Frauenschutzhäusern.



"Das Ende von häuslicher und sexualisierter Gewalt ist noch kein Garant für eine gleichberechtigte demokratische Teilhabe, aber ihre notwendige Voraussetzung."

Dr. Gesine Märtens
Staatssekretärin

Der Handlungsbedarf ist da, aber nicht immer offensichtlich. Etwa 9.000 dokumentierte Fälle häuslicher Gewalt gab es 2020. Studien aus anderen Bundesländern weisen auf eine weit höhere Dunkelziffer hin. Mit einer eigenen sächsischen Studie zur Viktimisierung durch häusliche Gewalt, Stalking und sexualisierte Gewalt wollen wir das Dunkelfeld untersuchen.



Launch der Plakatkampagne "Du bist nicht allein" (Referat für Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Leipzig/CSD Leipzig, 2020)

Neben der Stärkung der Strukturen vor Ort ist uns auch wichtig, rechtliche Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass sie Frauen und Mädchen noch besser vor Gewalt schützen. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund und Ländern erarbeiten wir dafür in einer Arbeitsgruppe erste Schritte. Damit leisten wir nicht nur wichtige Arbeit für den Ausbau der Gewaltschutzlandschaft für Frauen, wir kommen auch ganz formell Verpflichtungen nach, die sich für die Landesregierung aus der sogenannten Istanbul-Konvention ergeben. Sie ist das wichtigste völkerrechtliche Instrument, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu bekämpfen und den Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten. Eine neu geschaffene Koordinierungsstelle im Ministerium sorgt hier für den nötigen Überblick.

"20 Jahre nach Entstehung der ersten Koordinierungs- und Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt und Stalking in Sachsen erlebe ich als Beraterin in einer Interventionsstelle noch immer, dass beteiligte Ämter und Behörden zu wenig miteinander kooperieren, um weitere Gewaltübergriffe zu vermeiden. Das Gewaltschutzgesetz braucht mehr als vier Paragraphen, um Frauen und Männer konsequent vor weiterer häuslicher Gewalt zu schützen."

— Kerstin Kupfer —
Beratungsstelle für häusliche Gewalt



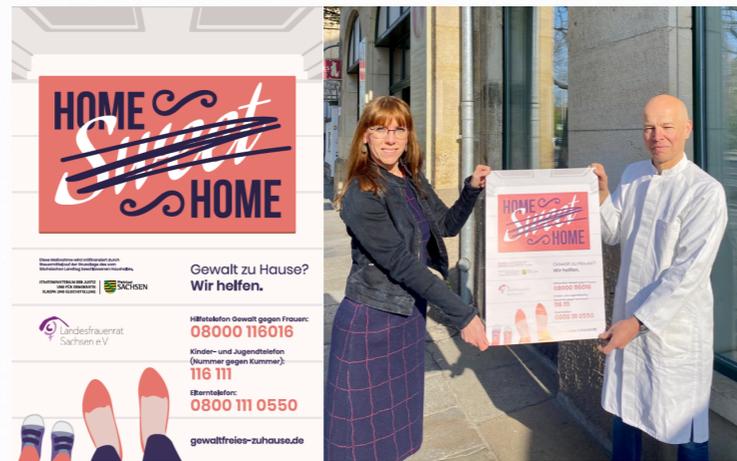
Das SMJusDEG erstrahlt zum Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen in orange (2020).

Wirksam und sensibel helfen

Hilflosigkeit ist das Schlimmste – oft aber Realität für Menschen, die Opfer von Straftaten werden. Eine demokratische Gesellschaft wie die in Sachsen lebt von Solidarität und Zusammenhalt. Deswegen fördern wir Maßnahmen, die Betroffenen bei der Bewältigung helfen.

Bereits jetzt machen wir uns für einen wirksamen Opferschutz stark, indem wir die Förderung für Beratungsstellen sichern. So sorgen wir dafür, dass sich Menschen, die von Diskriminierung und Gewalterfahrungen betroffen sind, überall im Freistaat an qualifizierte Ansprechpersonen wenden können.

Unseren Einsatz für einen wirksamen Schutz werden wir künftig noch intensivieren. Wie zum Beispiel Menschen medizinisch schneller geholfen werden kann, die sexualisierte Gewalt überlebt haben, lassen wir in einem Modellprojekt untersuchen. Dabei geht es darum, die Bedürfnisse der Betroffenen ins Zentrum zu rücken und ihnen ein kostenloses Angebot verfahrensunabhängiger und vertraulicher Spurensicherung machen zu können. Unbedingt notwendig ist ein leichter Zugang zu medizinischen und gerichtsmedizinischen Untersuchungen. Weil es dafür eine besondere Sensibilität im Umgang mit den Betroffenen braucht, legen wir verstärkt Wert darauf, das Service- und Krankenhauspersonal besser zu schulen.



Plakatkampagne des Landesfrauenrates in Zusammenarbeit mit dem SMJusDEG: Staatsministerin Katja Meier übergibt Plakat an die Kronen-Apotheke in Dresden (2020).

Mehr von uns

Social Media

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung ist seit Ende 2020 unter dem Kürzel @SMJusDEG in den sozialen Netzwerken Twitter und Instagram präsent.

Im Gespräch

Im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe Dialog. Recht. Politik. diskutieren Bürgerinnen und Bürger rechtspolitische Themen gemeinsam mit Expertinnen und Experten. Termine und Themen unter www.dialog-recht-politik.de

Impressum

Herausgeber: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Kontakt: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Presse und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: presse@smj.justiz.sachsen.de
Internet: www.justiz.sachsen.de/smj/
Postanschrift: Hansastraße 4, 01097 Dresden
Gestaltung und Satz: Wigwam eG

Fotonachweise

S. 2: Isabel Reda / S. 6: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 7 links: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 7 rechts: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 8: SMJusDEG | Dorota Kusiak / S. 9 links: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 9 rechts: Patrick Börner (privat) / S. 11 rechts: Fiona Kalkstein (privat) / S. 11 unten: Screenshot Webseite / S. 12: Marc Darchinger / S. 14 oben rechts: Amac Garbe / S. 14 unten rechts: Amac Garbe / S. 15 links: Amac Garbe / S. 15 oben rechts: Eric Münch / S. 18: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 19 oben rechts: André Wirsig / S. 19 unten rechts: André Wirsig / S. 20: Nora Börding / S. 21 unten links: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 21 oben rechts: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 23 links: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 23 rechts oben: Anika Dollmeyer / S. 23 rechts unten: Anika Dollmeyer / S. 24: Katharina Wolf (privat) / S. 25 oben links: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 25 unten rechts: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 26: Agata Władyczka / S. 27 links: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 27 rechts: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 29 links: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 29 rechts: SMJusDEG | Daniel Meißner / S. 30 links: Oliver Killig / S. 30 rechts: Josefine Paul

www.justiz.sachsen.de